

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 1848 im Wahlkreis Hall—Gaildorf—Crailsheim*

Von Bernhard Mann

Als am Freitag vor Palmsonntag (14. April) 1848 die unter dem Datum des 11./12. April erlassene Verordnung über die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im „Regierungsblatt für das Königreich Württemberg“ veröffentlicht wurde, hatte sich überall in Württemberg (anders als im benachbarten Baden) der erste revolutionäre Sturm schon wieder gelegt. Die führenden Männer des „vormärzlichen“ Systems hatten den vom König in die Regierung berufenen Oppositionellen Römer, Pfizer, Duvernoy und Goppelt Platz gemacht; Gesetze und Verordnungen hatten die Forderungen der Liberalen wie Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Volksbewaffnung und Ablösung der Grundlasten¹ fürs erste erfüllt; die Berufung einer deutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung würde schon von den Zeitgenossen eher als Konsolidierung des Erreichten denn als Weiterführung der Revolution aufgefaßt. Das Anfang April in Frankfurt tagende sogenannte Vorparlament, bestehend aus 574 Mitgliedern aus allen wichtigeren deutschen Bundesstaaten (darunter auch zwei Österreichern), war streng juristisch gesehen revolutionär, politisch gesehen nichts weniger als das: Die Mehrzahl seiner Mitglieder wies das Ansinnen, eine Art von Revolutionsregierung zu bilden, weit von sich und beschränkte sich bewußt auf Beschlüsse über „die Art und Weise (...) in welcher die konstituierende Nationalversammlung gebildet werden soll“, die, vom verfassungsmäßig dafür zuständigen Organ, der „Bundesversammlung“ („Bundestag“) als „Bundesbeschlüsse“ sanktioniert (30. 3. und 7. 4. 1848), von den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten durchgeführt wurden. Staatsrechtlich gesehen waren diese Wahlen also so regulär wie nur irgend möglich; dennoch leiteten sie in Württemberg und den anderen Bundesstaaten eine neue Phase der Politik ein.

Da Vorparlament und Bundesversammlung vorgeschrieben hatten, „daß als wahlberechtigt und als wählbar jeder volljährige, selbständige Staatsangehörige zu betrachten sei“ und daß aktives und passives Wahlrecht nicht „durch einen Wahlzensus, durch Bevorrechtung einer Religion, durch eine Wahl nach bestimmten Ständen“ beschränkt werden dürften, konnte das in Württemberg geltende Landtagswahlrecht der Verfassung von 1819² nicht angewandt werden, sondern mußte in aller Eile eine besondere Wahlverordnung entworfen und (da der Landtag aufgelöst war) vom König erlassen werden. Das württembergische Landtagswahlrecht war weder „allgemein“ noch „gleich“: Es ließ zur Wahl nur diejenigen — christlichen — Staatsbürger zu, die eine direkte Staatssteuer entrichteten und in den letzten zwei Jahren entrichtet hatten, und es teilte die Wahlberechtigten nach ihrer Steuerleistung in zwei Gruppen — die „Höchstbesteuerten“, die direkt wählten, und die übrigen, die indirekt wählten (wobei die Stimme eines Höchstbesteuerten ungefähr sechsmal soviel wog wie die seines weniger vermöglichen Nachbarn). Das württembergische Wahlrecht war also durch die Bevorrechtung

der anerkannten christlichen Bekenntnisse und durch einen Wahlzensus beschränkt. Daß es die Frauen von der Wahl überhaupt ausschloß, hatte es mit allen damals gültigen deutschen Wahlrechtsvorschriften³ gemeinsam; es war auch sonst nicht schlechter als jene — nur eben nach den Beschlüssen des Vorparlaments für die Wahlen zur Nationalversammlung nicht anwendbar.

Die Nationalversammlung sollte zunächst schon am 1. Mai 1848 in Frankfurt zusammentreten,⁴ die Wahlen mußten also spätestens in der Woche nach Ostern (23. April) durchgeführt werden, so daß für die gesetzgeberische und administrative und für die politische Vorbereitung gerade knapp drei Wochen Zeit blieben. Unter diesen Umständen hat die Stuttgarter Ministerialbürokratie⁵ unter dem neuen Innenminister Duvernoy (der, voll von Ängstlichkeiten und Bedenklichkeiten, die freiheitliche Ausgestaltung der Wahlverordnung eher behinderte als beförderte) und die Verwaltungsorganisation im Lande wirklich gute Arbeit geleistet. Es ist ein Ruhmestitel der Stuttgarter Oberregierungsräte und ihres Ministers, daß die Wahlverordnung nicht nur die geheime, sondern auch die direkte Wahl der 28 Abgeordneten und je eines Stellvertreters vorschrieb, die Württemberg in der Paulskirche vertreten sollten. So selbstverständlich direkte Wahlen uns heute sind, so umstritten waren sie damals — auch und gerade bei den Liberalen;⁶ das Vorparlament hatte die Frage bewußt offen gelassen, und von allen deutschen Bundesstaaten haben im Frühjahr 1848 nur Schleswig-Holstein, Sachsen-Altenburg, Kurhessen, Nassau, Württemberg und Hohenzollern ihre Vertreter für die Nationalversammlung in direkter Wahl ermittelt, alle übrigen, vor allem die beiden Großmächte Österreich und Preußen, in indirekter, also in zwei Wahlgängen.⁷

Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen hatte dieser Entschluß beträchtliche Konsequenzen. Es mußten aus den 64 Oberämtern Württembergs 28 ungefähr gleich große Wahlkreise (mit je etwa 63 000 Einwohnern⁸) gebildet, also in der Regel zwei Oberämter zusammengelegt und mit Teilen benachbarter Oberämter verbunden werden. Welche Konsequenzen dies für die Kandidatenaufstellung hatte, wird noch zu zeigen sein. Die Ortsvorsteher mußten in wenigen Tagen Wählerlisten aufstellen, in die alle volljährigen (damals die mehr als 25 Jahre alten) württembergischen Staatsangehörigen ohne Rücksicht auf Konfession oder Gemeindebürgerrecht in ihrem jeweiligen Aufenthaltsort aufzunehmen waren, soweit sie nicht entmündigt waren, aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung bezogen, im Augenblick der Wahl in Konkurs standen oder aber eine entehrende Vorstrafe im Strafregister stehen hatten. Außer den Unterstützungsempfängern waren bezeichnenderweise auch alle diejenigen als nicht „selbständig“ von der Wahl ausgeschlossen, „welche in einem dienenden Verhältnis Kost und Wohnung erhalten“, also Knechte und Dienstboten, die mit ihren Dienstherrn in Hausgemeinschaft lebten. Nach der damals herrschenden, allerdings keineswegs unbestrittenen Auffassung konnte von ihnen politische Urteilsfähigkeit sowenig wie von den Frauen erwartet werden; man zog also vor, sie ganz von der Wahl auszuschließen. Als Wahltermin war die letzte Aprilwoche, also die Woche nach Ostern, vorgesehen.

Über einen wichtigen Punkt, der heute in jedem Wahlgesetz eine Rolle spielt, schwieg die Wahlverordnung: über die Einreichung von Wahlvorschlägen und damit indirekt über die Aufstellung der Kandidaten. Die politischen Parteien standen noch ganz in ihren Anfängen⁹ und waren in Theorie und Praxis der Staatsverwaltung noch nicht anerkannt. Die Theorie ging ganz vom individuellen Bürger aus, der aus eigener Einsicht den Repräsentanten seiner Interessen zu finden und

in das Parlament zu schicken wissen werde, und es war Aufgabe der Praxis, dafür zu sorgen, daß „nur echte Repräsentanten der Volksvernunft gewählt“ würden und daß „nicht Volksverführer, Schmeichler und Schwätzer den Sieg davontragen, kein einseitiges Interesse überwiegt, alle Teile des Landes vertreten sind, auch die Wahlen nicht durch Bestechungen erkaufte oder durch einen ungehörigen Einfluß erzwungen werden können“, „um einerseits . . . den würdigsten zu erheben, andererseits aber auch Unruhen, Parteikämpfe und gefährliche Erschütterungen zu vermeiden“ (— so steht es wenigstens in einem Konversationslexikon der Zeit¹⁰). In Wirklichkeit war selbstverständlich eine Vorverständigung über den oder die zu wählenden Kandidaten notwendig und üblich, wenn eine heillose Zersplitterung der Stimmen und damit eine zu schmale Vertrauensbasis für den zu Wählenden vermieden werden sollte. Die Tatsache, daß alle 28 württembergischen Abgeordneten, wenn auch manchmal mit knapper, doch immer mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt worden sind, beweist, daß eine gewisse Parteiorganisation bestand und wirksam wurde.

Nach badischem Vorbild, der Offenburger Versammlung vom 19. März 1848, hatten am 26. März in Göppingen (das mit der Eisenbahn von Ludwigsburg und Stuttgart, auf der Straße von Alb und Albvorland her leicht zu erreichen war) einige bisherige Landtagsabgeordnete zur Gründung von „Vaterländischen Vereinen“ aufgerufen, „welche über alle Gemeinden des Landes verbreitet, unter sich, in den einzelnen Bezirken, mit der Hauptstadt in Zusammenhang, die Träger des politischen Lebens werden sollen“.¹¹ Daß sich solche Vereine, die Vorläufer politischer Parteien, erst jetzt bildeten, hatte seinen Grund darin, daß die Bundesgesetzgebung politische Vereine bislang verboten hatte. Erst nach Beginn der revolutionären Bewegung waren sie unter verschiedenen Namen und an vielen Orten unabhängig voneinander gegründet worden oder wurden jetzt, in den letzten März- und ersten Apriltagen, gegründet. Manchmal bildeten sich bereits bestehende Lese- und Diskutierkreise um, in der Regel aber ging die Initiative von einem „Komitee“ aus den Honoratioren, den Rechtsanwälten, Ärzten, Pfarrern, Realschul- und Gymnasialprofessoren, Buchhändlern und Zeitungsverlegern, Kaufleuten, auch Handwerkern und vor allem Gastwirten, aus, das dann zur Bildung eines Vereins aufrief, dessen Statuten entwarf und die Gründungsversammlung vorbereitete und organisierte. Die Mitgliedschaft in diesen Vereinen stand in der Regel allen mindestens 20 Jahre alten männlichen Staatsbürgern offen; es wurde ein geringer Beitrag erhoben, die Beitragsquittung war dann der Ausweis, der zur Teilnahme an den politischen Beratungen und Abstimmungen berechtigte.

In Hall scheinen die Gründer des „Vaterländischen Vereins“ nicht an Bestehendes haben anknüpfen können. Die Adresse der Haller an den württembergischen Landtag vom 3. März¹² war nicht von einem politischen Verein, sondern von einer eigens dazu einberufenen Volksversammlung beraten und beschlossen worden, übrigens nicht ohne „längere Debatten“, die nicht nur auf größere politische Meinungsverschiedenheiten, sondern auch auf mangelnde interne Vorbereitung (etwa innerhalb eines Vereins) oder aber auf das Vorhandensein von mehr als einer politischen Gruppe schließen lassen. Auch die Gesellschaft Untermünkheimer Bürger, von der ein Korrespondent des „Haller Tagblatts“ schon am 9. März berichtete,¹³ „welche in wöchentlichen (!) zweimaligen Zusammenkünften die wichtigsten und für das Volk geeignetsten Abschnitte von Zeitschriften zum Vortrag und zur Besprechung“ brachte, war noch kein politischer Verein im eigentlichen Sinne. Sie

wurde von einigen jungen Männern (man wird an Pfarrer, Lehrer und an jüngere Landwirte denken) geleitet und sei — auch von Bewohnern angrenzender Orte wie Übrigshausen, Enslingen, Eltershofen, Gelbingen und Gailenkirchen — immer gut besucht gewesen. Diese Gesellschaft ist immerhin bezeichnend — einmal für die Bedeutung der Tagespublizistik in der politischen Bewegung der Zeit, zum andern aber und vor allem auch für die Tatsache, daß sich diese Bewegung nicht auf die Städte beschränkte.

Zu einer eigentlichen Vereinsgründung kam es in Hall erst nach der Göppinger Versammlung, am 30. März, auf Einladung eines Komitees, dem Haller politische Persönlichkeiten verschiedener Richtung angehörten, u. a. namentlich Gastwirt Fritzlin („Zur Glocke“), Rechtsanwalt Gräter, Pfarrer Helfferich, Gymnasialpräzeptor Theodor Rümelin, Zeitungsverleger Schwend und Fabrikant Hans Rudolf Weber. Der Zusammenschluß aller politisch interessierten Bürger war ausdrückliches Ziel: „Jedem soll Gelegenheit gegeben werden, für das unzertrennliche Wohl der Gemeinde und des Vaterlandes nach Kräften mitzuwirken. Keine Aristokratie, nur Ein Bürgertum!“ — so hieß es im Gründungsaufruf.¹⁴ Ein starker demokratischer Zug suchte sich also gegen die soziale Gliederung einer traditionsreichen Stadt, in der jeder jeden kannte, durchzusetzen; im Wahlkampf mußte sich erweisen, inwieweit das gelungen war.

Der in Göppingen neben oder über den Orts- und Bezirksvereinen vorgesehene Zentral- oder „Hauptverein“ in der Landeshauptstadt Stuttgart, der die politische Willensbildung aller inzwischen in den Städten und Bezirken des Königreichs entstandenen Vereine koordinieren, beileibe nicht dirigieren sollte, wurde erst Tage später (und dann erst im zweiten Anlauf) gegründet und konnte im folgenden seinen Einfluß nur teilweise durchsetzen: in Altwürttemberg weitgehend, im Fränkischen mehr oder weniger, in katholischen Oberschwaben kaum. Die „Parteilbildung“, wenn man die Ereignisse vereinfachend einmal so nennen will, erfolgte von unten nach oben, nicht umgekehrt; die einzelnen Vereine wurden spontan an verschiedenen Orten ziemlich gleichzeitig gegründet und waren je örtlich verschieden eingestellt, je nachdem in welchem Verhältnis sie Anhänger der beiden politischen Hauptrichtungen des „Liberalismus“ der Zeit, der demokratischen Republik oder der konstitutionellen Monarchie, in sich vereinigten; die Zentrale andererseits hatte einen relativ geringen Einfluß auf die örtlichen Vereine: sie konnte empfehlen, nicht befehlen! Man kann also von einem hohen Maß von „innerparteilicher Demokratie“ sprechen, das auch in den Statuten der einzelnen Vereine deutlich wird, das aber selbstverständlich seine Grenzen dort fand, wo konkrete Programm-, Personal- und Sachentscheidungen getroffen werden mußten. Immerhin strebten die damaligen Politiker auch in solchen Fällen nach Möglichkeit Kompromisse an, um die Einheit ihrer mitgliederstarken Vereine nicht zu gefährden.

Die Vorgänge in Stuttgart sind in dieser Hinsicht besonders deutlich, und da in ihnen Personen eine Rolle spielten, die auch im Haller Wahlkampf wichtig waren, mag ein kleiner Ausblick in diese Richtung gestattet sein. Schon vor der Gründung des „Vaterländischen Hauptvereins“ (neben dem auch ein Stuttgarter Ortsverein gegründet wurde) hatte sich in der Hauptstadt unter Professor Dr. Wilhelm Zimmermann u. a. ein Politischer Klub („Verein von Vaterlandsfreunden“) zusammengefunden,¹⁵ der durchaus zur Zusammenarbeit mit, ja zur Mitarbeit in dem noch gar nicht existierenden Hauptverein bereit war, dessen Mitglieder aber doch stärker zur republikanischen Staatsform tendierten, als von der Mehrheit des

zukünftigen Vereins zu erwarten war. Als dann endlich am 9. April der vom Frankfurter Vorparlament zurückgekehrte Landtagsabgeordnete Wilhelm Murschel in der Gründungsversammlung des Hauptvereins eine Erklärung gegen die Republik annehmen lassen wollte, für die er bereits etwa 1000 Unterschriften gesammelt hatte, kam es zu tumultuarischen Auftritten.¹⁶ Der Gaildorfer Glasfabrikant G. Rau, der aus religiös-sozialistischer Einstellung und wirtschaftlicher Einsicht heraus zu einem der Hauptrepublikaner des Landes geworden war,¹⁷ wurde dazu provoziert, das Wort zu ergreifen und entfesselte einen solchen Sturm, daß Murschel ihm erst Gehör verschaffen konnte, nachdem die Menge sich ausgeschrien hatte. Die Mehrheit war jedoch gegen Rau, und auch Zimmermann stimmte einer Kompromißformel Murschels zu, welche die konstitutionelle Monarchie für ganz Deutschland verlangte (also die Abschaffung der Einzelstaaten offenließ) und sich gegen eine gewaltsame (nicht parlamentarische) Verfassungsänderung aussprach — für Reform also und gegen Revolution. Zwar blieb Zimmermann bei der allgemeinen Listenwahl des Zentralvorstandes, die wegen der Unruhen erst mehrere Tage später durchgeführt werden konnte, weit abgeschlagen mit 508 Stimmen auf dem 24. Platz, während der erste der 15 Gewählten, Bankier Friedrich Federer, 4858 und der fünfzehnte immerhin noch 3028 Stimmen erhalten hatte.¹⁸ Aber der Zentralvorstand steuerte unter dem Vorsitz von Professor Dr. Christian Frisch im folgenden unter der Parole „Durch Ordnung zur Einheit! durch Einheit zur Freiheit!“¹⁹ einen derart vermittelnden Kurs, daß auch Zimmermann dem Hauptverein weiterhin angehören konnte.

In Hall war es ebenfalls zu einer Einheitsfront der Gemäßigteren und der Radikaler gekommen, was darin seinen Ausdruck fand, daß Pfarrer Helfferich zum Vorsitzenden, der demokratisch gesinnte Präzeptor Rümelin jedoch zum Schriftführer des „Vaterländischen Vereins“ gewählt wurde. Schon am ersten Abend (5. April) traten dem Verein gegen 100 Mitglieder bei — für eine Stadt von damals knapp 7000 Einwohnern eine gewiß beträchtliche Zahl,²⁰ die im Laufe des Jahres noch erheblich steigen sollte.

Ähnlich verlief die politische Bewegung in den angrenzenden Oberämtern Öhringen,²¹ Künzelsau, Crailsheim und Gaildorf. In Gaildorf war der politische Führer Rau.²² Eine von ihm verfaßte Adresse an den König war am 4. März von 400 Teilnehmern einer Bürgerversammlung unterschrieben worden²³ (Gaildorf hatte 1700 Einwohner); eine bei weitem zahlreichere Menge aus Stadt und Land versammelte sich am Nachmittag des 12. März, eines Sonntags, vor und in dem Rau'schen Wirtschaftslokal und diskutierte vor allem über die Grundlasten, welche die Bauern, und daneben über die Gewerbe- und Zollpolitik der Regierung, welche die Handwerker besonders bewegten. Manche Honoratioren hielten die am selben Tag von mehr als 700 Teilnehmern unterschriebene Resolution Raus für „schlimmer als die Tatsachen, die sich kürzlich im Hohenloheschen ereigneten“²⁴ — damit waren die Bauernunruhen gemeint —, da sie jeden Besitzenden gefährdeten. (Bezeichnenderweise ging sie auch dem „radikalen“ Zimmermann entschieden zu weit.²⁵)

Rau wies auf die zutage getretene Not der Bauern und Handwerker hin, verlangte die entschädigungslose Ablösung der Grundlasten und fragte rhetorisch: „Ist es denkbar, dieser furchtbar wachsenden Größe von Not, Elend und Gefahr erfolgreich mit Preßfreiheit, Schwurgerichten, Volksbewaffnung, deutschem Parlament und ähnlichen Maßregeln allein entgegenzutreten?“ und traf damit genau

den Punkt, der Schwäche und Grenze des politischen Liberalismus bezeichnete: die Beschränkung auf die politisch-rechtliche Freiheit allein. Sein humanitärer, ja religiöser Appell erreichte die Ohren und Herzen vieler, die dasselbe fühlten wie er und es nur nicht so formulieren konnten: „Die Ansicht, daß die Regierung für das Wohl des Ganzen, also für jeden Einzelnen zu sorgen habe, ist in dem höchsten, was wir haben, in der Religion begründet. Es ist eine furchtbare Verirrung, wenn man von Kommunismus spricht, da wo die ärmeren Klassen Sicherung der Arbeit und einen zum notdürftigen Leben hinreichenden Lohn ansprechen. Es kann doch wohl dem Einzelnen nicht zugemutet werden, Handelsverträge mit auswärtigen Nationen zu schließen, Zolltarife zu machen, Schiffe auf die See zu senden, Handelskonsuln zu ernennen, große, der jetzigen Zeit anpassende Gewerbsanstalten mit eigenen Opfern zu gründen und dergleichen mehr. Das sind Staatsaufgaben, deren Dasein und Wichtigkeit jeder mit Händen greifen kann, und deren Erfüllung oder Nichterfüllung das Wohl und Wehe des Allgemeinen und des Einzelnen enthält. Wir kennen keine Unmöglichkeit da, wo es sich um die Rettung von Hunderttausenden handelt. Der Geist Gottes diktiert gegenwärtig der Menschheit durch die Stimme der Völker die Gesetze des Friedens, die Gesetze des künftigen Lebens der Nationen auf Erden. Sein erster Ruf ist Bruderliebe! Keiner soll hinfort mehr an Leib und Seele verkümmern; denn jeder, auch der Geringsten einer, ist Gottes Ebenbild. Wir schließen mit den Worten: Wahrheit, Bildung, Bruderliebe!“²⁶ Viele dachten wie er, vielen anderen aber waren derartige Gedanken doch gar zu kühn, unpraktisch, staats- und gesellschaftsgefährdend. Es bedurfte wohl der Persönlichkeit Raus und seiner Stellung in und um Gaildorf,²⁷ daß aus solchen Gedanken ein politischer Faktor wurde; außerhalb des Oberamts Gaildorf konnte Rau nicht auf allzu viele Anhänger rechnen, selbst dort nicht, wo sich die Verhältnisse nicht wesentlich von denen des Gaildorfer Bezirks unterschieden.

Die Wahlen zur Nationalversammlung waren nicht die einzige Aufgabe der politischen Vereine. In Hall sollten vor der Paulskirchenwahl noch Wahlen zur Ergänzung des Stadtrats und eine Neuwahl des Stadtschultheißen veranstaltet werden,²⁸ auch war mit Landtagswahlen zu rechnen — für Beratungen und Beschlüsse gab es also Stoff genug. Für den Landtag wurde im „Haller Tagblatt“ der schon erwähnte Professor Zimmermann vorgeschlagen,²⁹ den man als Verfasser einer „Geschichte des deutschen Bauernkrieges“ kannte; andere wollten lieber einen Gewerbetreibenden im Landtag haben, weil ohnehin genügend Juristen und Gelehrte dort zu finden sein würden, und nannten den Haller Fabrikanten Weber.³⁰ Da ja ohnehin die Wahlordnung für die deutsche Nationalversammlung noch nicht erlassen und auch in ihren Grundzügen noch nicht bekannt war, beschloß der „Vaterländische Verein“ in Hall auf seiner ersten Arbeitssitzung am 10. April, die Vorarbeiten für die „Reichstagswahl“ vorerst der Presse zu überlassen;³¹ das schloß nicht aus, daß trotzdem schon eine ganze Reihe von Namen im Gespräch waren.

Am 14. April erschien die Wahlverordnung; in der Karwoche, vor allem am Gründonnerstag (20. 4.) und Karsamstag (22. 4.) fanden landauf, landab Volksversammlungen statt, auf denen die Wahlangelegenheiten besprochen und eine Verständigung über die zu wählenden Kandidaten gesucht werden sollten. So lud am 16. April Pfarrer Helfferich namens des Vaterländischen Vereins Hall alle Wahlberechtigten des Wahlkreises Hall-Gaildorf-Crailsheim auf Ostersamstag zu einer Versammlung nach Hall ein, auf der sie Gelegenheit erhalten sollten, „ihre Ansichten auszutauschen über die Männer, welchen sie als den würdigsten und

tüchtigsten ihre Vertrauen schenken, damit möglichste Einstimmigkeit für die Wahl erreicht werde“.³² Als solche Männer seien in der Versammlung des Vereins vor allem genannt worden der greise General Josef von Bangold, der Vorsitzende des Stuttgarter Hauptvereins, Professor Frisch, und Fabrikant Weber von Hall, daneben unter verschiedenen anderen Professor Friedrich Theodor Vischer in Tübingen, Fabrikant Rau in Gaildorf, Präzeptor Rümelin und Helfferich selbst (der allerdings bescheiden ablehnte). Für Weber würde sprechen, daß sein Name auch in den beiden anderen Oberamtsstädten des Wahlkreises, Crailsheim und Gaildorf, einen guten Klang habe (und — was Helfferich verschwieg, was aber deutlich zu merken ist — daß er ein gemäßigter Anhänger der konstitutionellen Monarchie und damit von derselben politischen Richtung wie Helfferich war, während Rümelin und sein Anhang offenbar auch an radikaleren politischen Persönlichkeiten — wie Rau — Geschmack gefunden hatten). Noch in derselben Nummer des „Haller Tagblatts“ konnte Helfferich mitteilen, daß Weber zur Annahme einer eventuellen Wahl bereit sei und daher Weber als Kandidaten für Frankfurt, Frisch als seinen Ersatzmann vorschlagen.³³ Die Formulierung der Mitteilung läßt darauf schließen, daß er zu ihr vom Verein nicht autorisiert war. Immerhin stimmte der Crailsheimer Bürgerverein am 19. April dem Vorschlag, Weber zu wählen, zu und wollte lediglich Frisch durch den Crailsheimer Rechtsanwalt Kopp ersetzt wissen;³⁴ auch Gaildorf war keineswegs einhellig für Rau. Am 20. April traten dann wirklich Weber, Rau und Kopp bei einer Bürgerversammlung in Crailsheim als Kandidaten auf; Weber hatte gute Chancen, den Wahlkreis in Frankfurt vertreten zu dürfen.³⁵

Man erkennt aus alledem, wie sehr sich Kandidatenaufstellungen damals von den heutigen unterschieden. Unsere Praxis setzt das Vorhandensein und Funktionieren von politischen Parteien voraus, die miteinander konkurrieren und den Wählern verschiedene konkurrierende Kandidaten präsentieren. Die Wähler kommen heute, soweit sie nicht Mitglieder politischer Parteien sind, in der Regel erst am Wahltag selbst zum Zuge, wo sie dann durch ihre Stimmabgabe endgültig nicht nur darüber bestimmen, welcher der Kandidaten in das Parlament einziehen wird, sondern auch, wie sich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament gestalten werden. Damals stand das ganz individualistisch gesehene Verhältnis des einzelnen Abgeordneten zum Wahlkreis im Vordergrund der Überlegungen. Die Auffassung, daß der Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes und nicht nur seiner Wähler sei, war auch damals schon weithin akzeptiert, hatte aber durchaus nicht die Wirkung, daß sich das Verhältnis lockerte. Im Gegenteil: Eben weil der Abgeordnete an Aufträge und Weisungen nicht gebunden war, sich also von seinen Wählern nicht seine Abstimmung im Parlament vorschreiben lassen wollte, entschied die Wahl noch keineswegs über die Parteigruppierungen in diesem. Wichtiger als seine Parteizugehörigkeit war für den Abgeordneten der Rückhalt an seinem Wahlkreise, so wie umgekehrt in den Wahlkreisen das Bestreben vorherrschte, schon vor dem eigentlichen Wahltag die Wähler auf einen einzigen Kandidaten zu vereinigen, mit dem der Wahlkreis Ehre einlegen konnte und hinter dem dann der ganze Wahlkreis stand. Diese individualistische Bindung des einzelnen Wahlkreises an den einzelnen Abgeordneten konnte bis zur Ablehnung von Wahlkämpfen, ja sogar so weit gehen, daß die Unterstützung eines wenig aussichtsreichen Kandidaten geradezu als Unrecht gegenüber den Wählern aufgefaßt wurde, die dadurch der Gefahr ausgesetzt würden, daß der von ihnen Gewählte unterliege und damit ihre Stimmen nicht zum Zuge kämen.³⁶ Wahlkämpfe waren auch so nicht ganz zu vermeiden, vor allem in den Fällen nicht, wo eine Übereinstimmung der Wähler aus

weltanschaulichen Gründen nicht erzielt werden konnte, oder aber, wo politische Gruppierungen verschiedener in einem Wahlkreis vereiniger Orte sich nicht auf einen Kandidaten einigen konnten, auch wenn sie politisch einer Meinung waren. Man kann also geradezu von „Vorwahlen“ sprechen, bei denen die Kandidaten sich vorstellten oder von politischen Freunden in Abwesenheit vorgestellt wurden und bei denen die Wähler entschieden, wem sie ihre Stimme geben wollten. Selbstverständlich gab es dabei für die politischen „Macher“ (und damit für die politischen Vereine) viele Einwirkungsmöglichkeiten; eine geschickte Regie konnte und sollte für bestimmte Kandidaten wirken, neue Namen konnten ins Spiel gebracht werden, Überraschungen waren niemals ausgeschlossen. Entscheidend war aber eben doch der persönliche Eindruck, den die Teilnehmer an solchen Massenversammlungen von den Kandidaten gewannen, von denen sie glänzende Reden erwarteten — und zu hören bekamen. Ebenso selbstverständlich fiel die letzte Entscheidung erst beim förmlichen Wahlakt, der seinerseits — wie gesagt — noch keineswegs über die Parteigruppierungen im Parlament entschied, auch wenn es in Wirklichkeit nicht immer ganz so individualistisch zugeht, wie es auf den ersten Blick den Anschein hatte.³⁷

Daß Überraschungen niemals ausgeschlossen waren, sollte sich auch in Hall zeigen. Weber hatte, wie gesagt, am 19. April gute Chancen, als Abgeordneter in die Paulskirche einzuziehen, und wurde in der folgenden Woche doch nicht gewählt! Das hatte seinen Grund weniger darin, daß es nicht gelang, die Kandidatur Raus zu verhindern, sondern daß nun auch noch ein dritter Bewerber auftrat: Zimmermann aus Stuttgart. Rau wurde von den entschiedeneren Demokraten unter Rümelin vorgeschlagen, die sich zu regelmäßigen Besprechungen in der „Glocke“ versammelten, ohne daß dadurch die äußere Einheit des „Vaterländischen Vereins“ gesprengt worden wäre.³⁸ Raus Kandidatur wäre wohl ohnehin kaum zu vermeiden gewesen. Um so überraschender war die Kandidatur Zimmermanns, an die noch am 20. April niemand gedacht hatte, vielleicht selbst Zimmermann nicht. Eine Versammlung des Stuttgarter Hauptvereins, auf der die Kandidaten aller inzwischen mit Stuttgart in Verbindung stehenden Wahlkreise durchgesprochen wurden, nahm an diesem Tag davon Kenntnis, daß in Hall Weber, Zimmermann dagegen im Bezirk Öhringen-Künzelsau aufgestellt sei, wo er mit Rechtsanwalt Friedrich Rödinger aus Stuttgart konkurrierte.³⁹ Rödinger schien der unbestreitbare Favorit, da zwischen ihm und Öhringen eine alte Bindung bestand.⁴⁰ Doch auf der großen Wahlversammlung des Bezirks, die am 19. April im Gasthaus „Zur Hohen Buche“ in Hohebuch stattgefunden hatte, war „nicht als Wahlbewerber, sondern auf Einladung und um durch Erwerbung freundschaftlicher Gesinnungen gegen sich einen Schutz zu finden gegen Verdächtigungen“ (die sich nur auf seine republikanische Gesinnung beziehen konnten) auch Zimmermann aufgetreten⁴¹ und hatte eine so hinreißende Rede — nicht gerade für die Republik, aber doch gegen das alte System — gehalten, daß die Öhringer für die Wahl ihres Kandidaten fürchten mußten. Das Öhringer Komitee war daher fieberhaft bemüht, Zimmermann auf gute Art loszuwerden — nicht ohne Erfolg! Schon am Ostersonntag traf aus Hall die Nachricht ein, daß es gelungen sei, Weber zum Rücktritt von seiner Kandidatur zu bewegen und die Wahl Zimmermanns, „der auch hier Furore gemacht hat“, wenigstens in Hall zu sichern; in Crailsheim und Gaildorf werde Zimmermann ebenfalls noch auftreten, um für seine Wahl zu wirken. Für Rödinger war damit in Öhringen die Bahn frei; er wurde mit einer Dreiviertelmehrheit gewählt.⁴²

Ganz glatt scheint allerdings die Einschlebung des neuen Kandidaten Zimmermann in der entscheidenden Wahlversammlung und Kandidatenvorstellung des Karsamstags (22. April) in Hall nicht verlaufen zu sein, bei der auch Rau — mit roter Halsbinde und roten Handschuhen! — sprach.⁴³ Eine Leserschrift an das „Haller Tagblatt“ warf dem Vorsitzenden der Versammlung, Pfarrer Helfferich, Parteilichkeit für Zimmermann vor und erinnerte daran, daß Weber öffentlich erklärt habe, „daß seine Zustimmung ihm gleichsam abgezwungen wurde“. Selbst die Musik habe, „wiewohl vergeblich, eine Wahlbestechung zu Gunsten Zimmermanns versucht“.⁴⁴ Aus einem anderen Wahlkreis haben wir das Selbstzeugnis eines Versammlungsleiters,⁴⁵ daß solche Parteilichkeit vorgekommen ist; sie kann natürlich auch hier nicht ausgeschlossen werden, selbst wenn der Vorwurf wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat. Denn Helfferich verwahrte sich sofort öffentlich dagegen, daß Zimmermann etwa durch sein Zutun nach Hall gekommen sei;⁴⁶ warum hätte er dann für ihn seinen Ruf aufs Spiel setzen sollen? Zwar unterstützte er ihn in einer Zeitungsanzeige, diese erschien aber erst, nachdem die Haller Wahlberechtigten schon abgestimmt hatten.⁴⁷ Auch in Crailsheim mußte Zimmermann kämpfen. Zwar war Rau nicht selbst anwesend; für ihn sprach der Literat Franz Gräter von Hall, der unter anderem den Verdacht äußerte, „ob nicht die Sendung des Professor Zimmermann mittelbar wenigstens wie die vieler anderer von dem bevormunden wollenden Stuttgarter Ausschuß ausgehe“⁴⁸ — auch das ein Zeichen dafür, daß eine zentrale Wahlkampforganisation auf Mißtrauen stieß. Kopp wollte sich jetzt ausdrücklich nur noch als Ersatzmann bewerben, so daß für das Abgeordnetenmandat selbst nur noch zwei Bewerber übrigblieben. Ob Zimmermann sich auch noch, wie beabsichtigt, in die Höhle des Löwen selbst nach Gaildorf begeben hat, ist nicht ersichtlich. Auf jeden Fall waren am Vorabend der Wahl die Fronten klar: in Hall Zimmermann/Weber, in Crailsheim Zimmermann/Kopp jeweils gegen Rau/Rümelin.

Es standen sich also im Wahlkreis Hall-Gaildorf-Crailsheim zwei Kandidaten gegenüber, eine ganz und gar nicht selbstverständliche Erscheinung. Denn normalerweise fiel die eigentliche Entscheidung ja schon in den Vorverhandlungen, die man als den eigentlichen „Wahlkampf“ bezeichnen könnte, und nur selten kam es da zu keiner Einigung. Aber direkte Wahlen in Wahlkreisen, die mehr als ein politisches Zentrum hatten, wie die württembergischen im April 1848, beförderten solche Spaltungen, wenn sie nicht tatsächlich in diametralen politischen (und vielfach auch religiösen, nicht nur konfessionellen) Meinungsverschiedenheiten ihren Grund hatten, was noch relativ selten vorkam und hier eigentlich nicht der Fall war.

Denn genau genommen unterschieden sich Rau und Zimmermann in ihren letzten politischen Zielen gar nicht so sehr, und Rau hätte, wäre er in die Paulskirche gekommen, vermutlich auf derselben Seite Platz genommen wie Zimmermann: links außen⁴⁹ — beide waren im Grunde ihres Herzens Republikaner, nur wollte der eine die Republik direkt und sofort, der andere durch Beschluß der verfassunggebenden Nationalversammlung, der eine die soziale Republik, die Brüderlichkeit unter den Völkern mit sich bringen würde, der andere ein starkes und großes Deutschland, dessen Größe und Stärke auch den ärmeren Volksschichten nützen würde, dachte der eine mehr sozialpolitisch, der andere mehr machtpolitisch. Auch wollten keineswegs alle Anhänger Raus die Republik; sie erwarteten von ihm vielfach nur ein energisches Auftreten gegen Übergriffe „der zu stark monarchisch oder kaiserlich Gesinnten, die von Ost, Nord, Süd und West ohne Zweifel zahlreich auftreten dürften“, und mehr Verständnis für die Belange der Bauern und

der Gewerbetreibenden als von dem „Beamten“ Zimmermann,⁵⁰ während dessen Anhänger selbstverständlich keineswegs alle die Fortsetzung des alten Systems befürworteten.

War also der Wahlkreis ein „linker“ Wahlkreis? Soziale Struktur⁵¹ und die Ergebnisse späterer Wahlen sprechen gleichermaßen dagegen. Es gab kein städtisches Proletariat; die Zahl der Handwerksmeister war z. B. in Hall fast dreimal so groß wie die der Gehilfen, und an größeren Betrieben gab es außer der Saline mit ihren 64 Siedern und Laboranten und 147 sonstigen Beschäftigten nur Webers Fabrik, die Mechanische Baumwollspinnerei von Chur und Söhnen, die 130 Arbeiter direkt und etwa 200 Weber mit Heimarbeit beschäftigte. Die Knechte der ja meist „großen“ Bauern — „groß“ im Vergleich mit den Verhältnissen Altwürttembergs — aber, die man allenfalls als ländliches Proletariat ansprechen könnte, waren in der Regel ohnehin nicht wahlberechtigt, weil sie bei ihren Dienstherrn Kost und Wohnung hatten. Daß ihre Zahl nicht gering war, zeigt der relativ geringe Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung. Zwei Gründe können den Erfolg radikaler Parolen dennoch erklären. Die Strukturkrise⁵² der Kleingewerbe Württembergs wurde durch die Mitgliedschaft des Landes im weitgehend freihändlerisch eingestellten deutschen Zollverein noch verschärft und ließ viele Handwerksmeister am Rande des Existenzminimums dahinkegeln; die noch nicht abgelösten Feudallasten in den früher reichsfürstlich, reichsgräflich oder reichsritterschaftlich regierten Gebieten Württembergs verbitterten die sonst so stolzen und großen Bauern. Um Zollschatz und um Grundlasten bewegten sich die Äußerungen Raus, über Grundlasten ließ sich z. B. auch Rödinger von seinen Wählern unterrichten, noch ehe die Nationalversammlung am 18. Mai schließlich zusammentrat. Auch Zimmermann, der Geschichtsschreiber des Bauernkriegs von 1525, wird nicht versäumt haben, in seinen Wahlreden auf die Lage der Bauern einzugehen. Zweitens aber kann man nicht übersehen, daß der Wahlkampf allenthalben die Bürger politisch aktivierte; dies geschah nicht zuletzt dadurch, daß die Volksredner deutlich aussprachen, was die Wähler fühlten und dadurch die Wähler zu einem klareren Bewußtsein ihrer Lage brachten. Wie hätten nicht Rau und Zimmermann, die beide als hervorragende Redner galten und die beide zu radikalen Gedankengängen neigten, Anklang finden sollen?

Die Entscheidung zwischen den beiden Kandidaten mußte in den vier Wahltagen fallen; sie war noch ganz offen, zumal da die Anhänger Raus auf den verschiedenen Volksversammlungen nicht weniger aktiv waren als die Gemäßigteren, die Zimmermann unterstützten. Die lange Dauer der Wahlhandlung hing mit der technischen Durchführung der Wahl zusammen. Niemandem fiel es ein, in jedem Ort ein oder mehrere Wahllokale einzurichten, in denen die Wähler zehn Stunden lang Gelegenheit gehabt hätten, ihre Stimmen abzugeben. Sie mußten vielmehr, oft nach stundenlangen Wegen, zu einer ganz bestimmten Zeit wenige zentrale Orte (in unserem Wahlkreis außer Hall noch Crailsheim, Gaildorf und Gschwend) aufsuchen, in denen im Wahllokal zur Feststellung ihrer Identität schon Schultheiß und Gemeinderäte ihrer eigenen Gemeinde sie erwarteten, und dort ihre Stimme abgeben. Die Abstimmung war geheim; sie geschah durch Stimmzettel, auf welche die Wähler den Namen des Gewählten und eines Stellvertreters schreiben mußten und die dann in eine Wahlurne gelegt wurden. Die ganze männliche Bevölkerung eines Ortes, mit Ausnahme der ganz jungen, der aus den in der Wahlverordnung bestimmten Gründen Ausgeschlossenen und der ganz Alten und Kranken, machte sich, oft gemeinsam, auf den Weg, um ihrer Bür-

gerpflicht nachzukommen, manchmal in geordneten Reihen, die schwarz-rot-goldene Fahne voraus und patriotische Lieder singend.⁵³ Es läßt sich denken, daß (nicht nur im Wahlkreis Hall) nach der Erfüllung der politischen Pflichten (oder schon vorher) auch das Bedürfnis nach zwangloser Aussprache in gemüthlicherem Rahmen zu seinem Recht kam. Noch dabei konnte es, wie am letzten Wahltag in Gaildorf (28. 4.), zu tumultuarischen Szenen kommen. Die Uttenhofer Wähler beklagten sich, daß man sie in der Nähe der Wohnung des Fabrikanten Rau habe veranlassen wollen, in das Rau'sche Wirtshaus einzutreten, damit sie dort ihre Wahlzettel mit dem Namen Rau versähen, während andererseits Gaildorfer sich beklagten, daß Uttenhofer Wähler unterwegs mit Gewalt dazu hätten veranlaßt werden sollen, ihre auf Rau gerichteten Stimmen einem anderen Bewerber zu geben. Der Wahlleiter mußte die Hauptstreithähne aufs Rathaus mitnehmen; dennoch lärmte die Menge vor der Oberamtei noch etwa eine Stunde lang weiter. Das Protokoll vermerkt zum Schluß: „Außer diesem Vorfall kam nichts außerordentliches bei der Wahl vor.“⁵⁴ Daß es nicht als außerordentlich galt, wenn sich mehr Stimmzettel in der Urne fanden, als Wahlberechtigte abgestimmt hatten, sei angemerkt. Bei der großen Eile, die für die Durchführung der Wahlen geboten war, sollte auf Anordnung des die Wahl beaufsichtigenden Innenministeriums auch einmal ein Auge zugeedrückt werden, wenn nur das Gesamtergebnis unzweifelhaft war. Zu Wahlanfechtungen in der Presse ist es in der Folge zwar gekommen, das Gesamtergebnis war aber in der Tat unzweifelhaft.

Von den 63 273 Einwohnern des Wahlbezirks waren 10 476 wahlberechtigt, das sind 16,5⁰/₀. Die damaligen Statistiker nahmen an, daß die über 25jährigen Männer etwa 22⁰/₀ der Gesamtbevölkerung ausmachten,⁵⁵ das bedeutet, daß im Wahlkreis Hall nur etwa drei Viertel der erwachsenen Männer wahlberechtigt waren. Die Wahlbeteiligung (7660) betrug etwa 73,1⁰/₀ und dürfte damit unter dem Landesdurchschnitt gewesen sein, der, soweit die unvollständigen Akten eine Aussage erlauben, gegen 80⁰/₀ betragen haben wird. Das politische Interesse der einzelnen Bezirke war, nach der Wahlbeteiligung zu schließen, verschieden groß: sie betrug in Hall 85,4⁰/₀, in Gaildorf 70,6⁰/₀, in Crailsheim 68,9⁰/₀ und in Gschwend nur 62,9⁰/₀. Sie war in den Abstimmungsarten selbst höher als in den Landgemeinden. Es ist fast unmöglich, daraus Folgerungen zu ziehen — viele Faktoren dürften dabei zusammengespielt haben. Insgesamt ging Zimmermann als eindeutiger Sieger aus der Wahl hervor. Er erhielt 4764 Stimmen (62,2⁰/₀), Rau 2648 (34,6⁰/₀).⁵⁶

Viel interessanter als dieses Ergebnis ist, daß die politische Aktivierung der Bevölkerung nicht nur vorübergehend war und daß das Wirken der am 18. Mai 1848 zusammengetretenen Nationalversammlung die politische Unruhe nicht zu stillen vermochte, wie viele der Gemäßigten gehofft hatten. Was im Wahlkampf begonnen hatte, setzte sich im weiteren Verlauf der Jahre 1848 und 1849 fort: die Ausbildung von politischen Vereinen verschiedener politischer Richtung und ihre organisatorische Konsolidierung, mit anderen Worten die Parteibildung. Die liberalen Märzminister regierten und reagierten anders, als viele von ihnen erwartet hatten: Weniger als ein halbes Jahr später ließ Duvernoy nach Präzeptor Rümelin, Forstassessor Daser, Literat Gräter und Ökonom Reutter (um nur die Haller zu nennen) wegen demokratischer Betätigung fahnden,⁵⁷ während Rau wegen eines mißglückten Putschversuchs gegen Stuttgart in Untersuchungshaft auf dem Asperg saß.⁵⁸ Zimmermann allein war es beschieden, als einer der Führer der „äußersten

Linken“ in der Paulskirche für die Sache von Freiheit und Einheit weiterzuwirken, bis auch er sein Professorenamt verlor, als die Reaktion schließlich doch die Oberhand behielt.

Anmerkungen

- ^o Überarbeitete Fassung eines am 9. November 1967 vor dem Historischen Verein für Württembergisch Franken in Hall gehaltenen Vortrags.
- ¹ Vgl. die vom 3. März 1848 datierte Haller Adresse an die „Ständeversammlung“, d. h. den Württembergischen Landtag, in: Haller Tagblatt Nr. 1 vom 4. März 1848, S. 1. (Wie mit ihm andere Redakteure feierte der Herausgeber des Haller Tagblatts, Schwend, die Abschaffung der Zensur damit, daß er mitten im Jahrgang eine neue Nummern- und Seitenzählung beginnen ließ.)
- ² §§ 133—154, bes. §§ 135—142.
- ³ Die damals gültigen Wahlrechtsbestimmungen und die Auffassungen darüber sind zusammengestellt von Friedrich Bülow, Wahlrecht und Wahlverfahren. Ein praktischer Leitfaden für Alle, welche Wahlgesetze und Statuten für Staat, Gemeinden, Korporationen zu entwerfen, oder zu beraten haben. Leipzig 1849. Besonders S. 75—103.
- ⁴ Sie hielt ihre erste Sitzung am 18. Mai ab.
- ⁵ Ein sonst sehr kritischer zeitgenössischer Beobachter bemerkte, daß der von der vormärzlichen Opposition heftig befehdete württembergische Innenminister Schlayer, der Vorgänger Duvernoys, sich darin gefallen habe, „mit talentvollen, dem Fortschritt ergebenen Männern sich zu umgeben, ihre Ideen und Kenntnisse zu benützen, und bis auf einen gewissen Grad wenigstens selbst die Unabhängigkeit politischer Überzeugung zu ehren“. Die Gegenwart, Eine enzyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände, Bd. 4, Leipzig 1850, S. 320.
- ⁶ Vgl. dazu Walter Gagel, Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848—1918, Düsseldorf 1958) (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 12).
- ⁷ Bülow (siehe Anm. 3) S. 103.
- ⁸ Wie die Akten des Innenministeriums (StA Ludwigsburg, Bestand E 146, Bü 934) zeigen, waren die Abweichungen von dieser Durchschnittszahl nach unten oder oben recht gering, ohne daß allzu unnatürliche Wahlkreisgrenzen entstanden wären.
- ⁹ Ich hoffe, in absehbarer Zeit eine größere Darstellung über die Parteibildung in Württemberg 1848/49 vorlegen zu können und gehe hier auf dieses Gebiet nur insoweit ein, als es für das Verständnis der Wahlen notwendig oder doch nützlich ist.
- ¹⁰ Artikel „Wahl, Wahlrecht, Wahlverfahren“ in: Allgemeine deutsche Real-Enzyklopädie für die gebildeten Stände. Konversations-Lexikon, 10. A., Bd. 15/2, Leipzig: F. A. Brockhaus 1855, S. 25.
- ¹¹ Schwäb. Kronik Nr. 87 vom 28. März 1848, S. 411 f.
- ¹² Siehe oben Anm. 1 und a. a. O. Nr. 3 vom 7. März 1848, S. 16.
- ¹³ Haller Tagblatt Nr. 5 vom 9. März 1848, S. 23 f.
- ¹⁴ Haller Tagblatt Nr. 22 vom 29. März 1848, S. 97.
- ¹⁵ Schwäb. Kronik Nr. 97 vom 7. April 1848, S. 467. Zimmermann Vorsitzender: a. a. O. S. 478.
- ¹⁶ Schwäb. Kronik Nr. 100 vom 10. April 1848, S. 489.
- ¹⁷ Neben Theodor Mögling, der an Heckers badischem Putsch teilnahm.
- ¹⁸ Schwäb. Kronik Nr. 107 vom 17. April 1848, S. 531.
- ¹⁹ Ebenda.
- ²⁰ Haller Tagblatt Nr. 30 vom 7. April 1848, S. 129.
- ²¹ Vgl. den folgenden Beitrag von Hartmut Weber.
- ²² E. Dietz: Gottlieb Rau, ein Freiheitskämpfer von 1848. In: Der Haalquell Nr. 13, 1960, S. 51 f.
- ²³ Schwäb. Kronik Nr. 76 vom 17. März 1848, S. 349.
- ²⁴ Leserschrift aus dem Oberamt Gaildorf an die Schwäb. Kronik Nr. 82 vom 23. März 1848, S. 383. A. a. O. Nr. 86 vom 27. März, S. 406, die Erwidrerung Raus, nach der inzwischen mehr als 1500 die Resolution unterschrieben hatten.

- ²⁵ Wilhelm Zimmermann, *Die Deutsche Revolution*. 2. A. Karlsruhe 1851, S. 568.
- ²⁶ Beobachter Nr. 17 vom 19. März 1848, S. 67 f., und Nr. 18 vom 20. März, S. 71. — Die Erklärung ist auszugsweise auch in dem Anm. 25 zitierten Werk Zimmermanns, S. 65—68, abgedruckt; Zitate: S. 65, S. 68.
- ²⁷ Zimmermann, *Deutsche Revolution* (vgl. Anm. 25), S. 65. — Von Größe und Wert des Rau'schen Besitzes vermittelt eine Anzeige eine Vorstellung, die das Stadtschultheißenamt Gaildorf am 4. Januar 1849 über den „Amtlichen Verkauf des Glas-Fabrik-Etablissements des Gottlieb Rau“ in: Der Korrespondent von und für Deutschland (Nürnberg) Nr. 13 vom 13. Januar 1849 einrücken ließ. Das Anwesen, das ein großes Wohn- und Wirtschaftsgebäude, zwei Gebäude mit je einem Glasofen, Arbeitsstätten, Gebäude für Laborantenwohnungen, Gemenghaus, Brauereigebäude, Scheuer, Stallung und Glasschleiferei umfaßte, wurde auf 32 000 fl. geschätzt.
- ²⁸ Vgl. dazu allgemein: Wilhelm German, *Chronik von Schwäbisch Hall und Umgebung*, Schwäb. Hall 1901, bes. S. 272—284.
- ²⁹ Haller Tagblatt Nr. 29 vom 6. April 1848. Über Zimmermann jetzt Adolf Rapp in: *Schwäbische Lebensbilder* Bd. 6, 1957, S. 266—285, und Hans Hausserr: Wilhelm Zimmermann als Geschichtsschreiber des Bauernkriegs, *ZWürttLdG* 10, 1951, 166—181.
- ³⁰ Haller Tagblatt Nr. 31 vom 8. April 1848, S. 129 f.
- ³¹ Auszug aus dem Protokoll der ersten Versammlung des Vaterländischen Vereins in Hall am 10. April 1848, a. a. O. Nr. 35 vom 13. April 1848, S. 144 f. Der Verein diskutierte in dieser Sitzung auch Wahlrechtsfragen und sprach sich für die direkte Wahl der Abgeordneten nach Oberämtern durch alle volljährigen Staatsbürger, also für das „demokratische Wahlrecht“ aus.
- ³² Haller Tagblatt Nr. 40 vom 19. April 1848, S. 164.
- ³³ Ebenda.
- ³⁴ A. a. O. Nr. 42 vom 22. April, S. 168 f.
- ³⁵ Schwäb. Kronik Nr. 114 vom 24. April 1848, S. 571.
- ³⁶ So argumentierte ein Wahlleiter im Wahlkreis Mergentheim-Gerabronn; Städt. Archiv Bad Mergentheim, „Akten, betr. die Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung 1848“. Solch ein Gedankengang ist überhaupt nur verständlich, wenn politische Parteien bei den Wahlen keine oder doch nur eine geringe Rolle spielen.
- ³⁷ Vgl. dazu allgemein: Thomas Nipperdey, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918*, Düsseldorf (1961) (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18).
- ³⁸ Haller Tagblatt Nr. 41 vom 20. April 1848, S. 170, und Nr. 43 vom 24. April, S. 172 f.
- ³⁹ Schwäb. Kronik Nr. 112 vom 22. April 1848, S. 560.
- ⁴⁰ Vgl. dazu den folgenden Beitrag von Hartmut Weber.
- ⁴¹ Beilage zu Nr. 32 des Kocher- und Jagstboten, Künzelsau.
- ⁴² Wie schlecht die Wahlen koordiniert waren, zeigt sich daran, daß Rödinger gleichzeitig auch im Wahlkreis Herrenberg gewählt wurde, ohne daß er von dieser Wahl vorher wußte.
- ⁴³ German, *Chronik* (vgl. Anm. 28), S. 275.
- ⁴⁴ Haller Tagblatt Nr. 43 vom 24. April 1848, S. 173.
- ⁴⁵ Privatbrief von Pfr. Eduard Stüskind, Suppingen, vom 20. April 1848, an Prof. K. D. Haßler, Ulm, in: Stadtarchiv Ulm, Bestand H / Nachlaß C. D. Haßler d. Ä., Fasz. 65: „Wir haben die Sache so eingerichtet, daß ich die Versammlung eröffne und Ihnen will ich schon etwas vorarbeiten. Dann treten die Herren Bewerber auf, und zum Schluß soll [?] ich dann zur zahlreichen Stimmabgabe auffordern.“
- ⁴⁶ Haller Tagblatt Nr. 44 vom 26. April 1848, S. 175.
- ⁴⁷ Die Haller Wähler stimmten am 25. April 1848 ab. Wählerliste und Protokoll in: Stadtarchiv Schwäb. Hall, A 1902.
- ⁴⁸ Haller Tagblatt Nr. 44 vom 26. April 1848, S. 176. Schon am 30. März hatten sich in Hall „alle Redner“ auf der Volksversammlung zur Vorberatung eines Vaterländischen Vereins „gegen die Vorherrschaft“ ausgesprochen, „welche die Stuttgarter nach gewohnter Weise auch in dieser Sache sich anzueignen suchen. Unsere Hauptstadt war in der Tat noch nie im Alleinbesitz der Weisheit; sie ist es auch heute noch nicht. Die Bezirke müssen selbständiger werden.“ (Haller Tagblatt Nr. 26 vom 3. April 1848, S. 112)

- ⁴⁹ Zimmermann war Mitglied der Fraktion „Donnersberg“, deren Grundsätze „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ waren und die für die deutsche Republik eintrat.
- ⁵⁰ Haller Tagblatt Nr. 42 vom 22. April 1848, S. 169, und oben Anm. 44.
- ⁵¹ Vgl. dazu Beschreibung des Oberamts Hall, Stuttgart und Tübingen 1847, S. 57—105 und S. 127—134.
- ⁵² Dazu allgemein: Rudolf Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848. München 1948, bes. Kap. 1—3 und 6.
- ⁵³ Das wird aus dem Amt Stuttgart berichtet. Vgl. Schwäb. Kronik Nr. 118 vom 28. April 1848, S. 600.
- ⁵⁴ Stadtarchiv Schwäb. Hall, A 1920.
- ⁵⁵ Diese Zahl nannte der Abg. Friedr. Wilh. Schubert-Königsberg in der Wahlrechtsdebatte der Nationalversammlung am 1. März 1849; Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, hg. v. F. Wigard, Bd. VII, S. 5509.
- ⁵⁶ Haller Tagblatt Nr. 48 vom 1. Mai 1848, S. 193.
- ⁵⁷ „Verzeichnis derjenigen Personen, die nach den vorliegenden Akten der Verübung von Staatsverbrechen oder Staatsvergehen angeschuldigt sind“ im Staatsarchiv Ludwigsburg, Bestand E 146, Bü 1926.
- ⁵⁸ StA Ludwigsburg (wie vorige Anm.) und die Berichte über den Hochverratsprozeß gegen Rau im Staats-Anzeiger für Württemberg 1851, S. 81 ff.